



<p>Wie kann der Zustand unserer Schüler verbessert und können die Massen verkleinert werden?</p> <p>Möglichkeit gute Chancen für jedes Kind und jeden jungen Menschen sind das Ziel von CDU und CSU. Für die Bildungspolitik sind grundsätzlich die Bundesländer zuständig, die zusammen mit den Kommunen viel Geld in Bildung investieren.</p> <p>Zusätzlich hat auch der Bund - z. B. mit dem Digitalpakt Schule - unterstützt. Um die Lehr- und Lernbedingungen in den Schulen zu verbessern, werden zusätzliche Lehrkräfte benötigt.</p> <p>Die Bundesländer wollen daher in den nächsten Jahren mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Grundschulen und in der Sekundarstufe I einstellen.</p>	<p>Wie kann die Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden?</p> <p>Geschlechtergerechtigkeit kann u. a. durch gleiche Chancen von Frauen und Männern im Beruf erreicht werden. Ein wichtiger Schritt war hier das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.</p> <p>CDU und CSU setzen sich für mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen ein.</p> <p>Wir gehen die Unterschiede in der Altersvorsorge von Männern und Frauen genauso an wie die nicht akzeptablen Lohn- und Gehaltsunterschiede bei gleicher Arbeit.</p>	<p>Was tun, damit Kinder & Jugendliche mehr Freude am Lernen haben?</p> <p>Der Unterricht und das Lernen müssen so gestaltet sein, dass Kinder und Jugendliche neugierig werden und Lust am Lernen haben.</p> <p>Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur für gute Noten in Klassenarbeiten gelobt werden, sondern auch, wenn sie sich besonders anstrengen. Wichtig ist ein abwechslungsreicher Unterricht, bei dem zum Beispiel auch Lern-Apps verwendet werden.</p> <p>Zeit mit Freunden, für den Sport, für Musikmachen oder andere Freizeitaktivitäten sind ebenso wichtig für die Lernfreude.</p>	<p>Soll das BAföG grundsätzlich eltern-unabhängig werden?</p> <p>CDU und CSU wollen das BAföG flexibilisieren. Es soll besser an die individuelle Situation während der Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf passen. Gleichwohl bleibt das BAföG eine Sozialleistung.</p> <p>Das BAföG sollen also nur diejenigen bekommen, die oder deren Eltern kein hohes Einkommen/Vermögen haben.</p> <p>Daher sind weiterhin Einkommens- und Vermögensprüfungen erforderlich. Dies ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.</p>	<p>Wie kann eine angemessene Bezahlung der Menschen in Kitas, Pflege- und Sozialarbeit erreicht werden?</p> <p>Uns ist es ganz wichtig, dass sich Kinder ältere Menschen und Menschen in schwierigen Lebensphasen gut betreut werden. Das geht nur, wenn die gesamte Gesellschaft die wichtige Arbeit in Kitas, Pflege und Sozialarbeit wertschätzt und wenn die dort arbeitenden Menschen auch eine gute Bezahlung erhalten.</p> <p>Dafür müssen in erster Linie Arbeitgeber und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer sorgen. Damit zukünftig Arbeitsbedingungen und die Bezahlung stimmen, unterstützen wir sie als Politik mit den notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen.</p>	<p>Wie können Mieten für alle Menschen bezahlbar werden?</p> <p>Das Wichtigste ist, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Nur wenn es genug Wohnungen gibt, bleiben die Mieten bezahlbar. Das sieht man in vielen Großstädten: wo es wenig Wohnraum gibt, steigen die Mieten. Deshalb muss mehr, schnell, modern und bezahlbar gebaut werden.</p> <p>Unser Ziel ist, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Dafür fördern wir den Wohnungsbau und den sozialen Wohnungsbau. Diejenigen, die es trotzdem schwer haben, ihre Mieten zu bezahlen, erhalten Wohnlohn. Das werden wir in Zukunft regelmäßig anpassen.</p>	<p>Wie kann erreicht werden, dass bei politischen Entscheidungen – wenn es um Menschenrechte geht – nicht doch die Kostenfrage dominiert?</p> <p>Die Menschenrechte gelten weltweit. Dem Versuch von Diktaturen, diesen Konsens aufzuweichen, treten CDU und CSU entschieden entgegen. Wir müssen dort, wo es nötig ist, den Machtwillen von Gegnern der Menschenrechte entgegensteuern – in enger Abstimmung mit gleichgesinnten Demokratien mit Stärke und Geschlossenheit.</p> <p>Wir wollen insbesondere die Menschenrechtsgelungen von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder dem Europarat stärken. Kinder, Menschen mit Behinderungen oder Flüchtlinge sind dabei besonders schutzbedürftig.</p>	<p>Wie kann den vielen Obdachlosen geholfen werden?</p> <p>Wir arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft helfen, die zusammenhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Wir müssen vor allem verhindern, dass junge Menschen obdachlos werden, weil sie z. B. im Elternhaus Probleme haben. Wir setzen uns daher für den flächendeckenden Ausbau von Betreuungsgelboten für Kinder und Jugendliche in schwierigen La-gen ein.</p> <p>Auch wollen wir die Hilfen intensivieren, um Menschen aus der Obdachlosigkeit herauszuholen. Unser solidarisches Sicherungssystem ist stark, um ihnen ein Leben in Würde zu gewährleisten.</p> <p>Wir werden auch vernetzte Wege in den Kommunen und Regionen weiter fördern und setzen auf Radschweifen, um den Pendelverkehr zur Arbeit attraktiver zu machen.</p>	<p>Wie kann der Vorrang von ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger*innen im (Stadt-)Verkehr geschaffen werden?</p> <p>Gute und sichere Wege sind der entscheidende Schlüssel für den Radverkehr und werden von den Radfahrern und Radfahrerinnen stark eingefordert. Es geht um gut ausgebauten Radverkehr, sichere Abstellmöglichkeiten und Sharing-Systeme. CDU und CSU wollen den Nationalen Radverkehrsplan mit Nachdruck umsetzen und weiterentwickeln. Dieser umfasst viel mehr als den Radwegbau an Bundesstraßen.</p> <p>Wir werden auch vernetzte Wege in den Kommunen und Regionen weiter fördern und setzen auf Radschweifen, um den Pendelverkehr zur Arbeit attraktiver zu machen.</p>	<p>Wie haben sie junge Menschen an ihrem Wahlprogramm beteiligt?</p> <p>Wir haben die größte digitale Beteiligungskampagne in unserer Geschichte gestartet. Der Rücklauf war überwältigend! Wir haben unter den vielen tausend Ideen die besten ausgesucht und die meist jungen Leute zu einer Pilotstudie im Fast alle Ideen sind dann auch direkt ins Regierungsprogramm gewandert. Zum Beispiel das kostenlose Interair-Ticket für alle 18-Jährigen oder dass junge Menschen neben ihrer Ausbildung noch mehr Geld verdienen können.</p> <p>Dazu sind z. B. die Generationenrente, bei der der Staat von Geburt an in die Altersvorsorge einzahl.</p>	<p>Ab welchem Alter sollen junge Menschen künftigen den Bundestag wählen dürfen?</p> <p>Dass sich junge Leute politisch schon früh engagieren, sich für konkrete politische Ziele einsetzen, ist im Sinne unserer Demokratie eine sehr gute Entwicklung.</p> <p>Junge Menschen sollen weiterhin ab 18 Jahren den Bundestag wählen dürfen. Es hat sich aus unserer Sicht bewährt, dass Wahlrecht und Volljährigkeit miteinander verknüpft sind. Das Wahlrecht ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine staatsbürgerliche Verantwortung.</p> <p>Es wäre wieder widersprüchlich, wenn jemand wählen dürfte, der noch nicht voll geschäftsfähig oder voll strafmündig ist.</p>	<p>Wie können Lieferketten gestärkt werden, dass Produktion und Konsum nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern gehen?</p> <p>Wenn wir Waren aus Entwicklungsländern importieren, bedeutet das Arbeit und Einkommen für die Menschen dort.</p> <p>Voraussetzung ist, dass Menschenrechte, Arbeitsrechte und Gesundheitsstandards eingehalten werden. Dazu setzen wir uns im internationalen Abkommen ein, nehmen aber auch die Unternehmen in die Pflicht. Dafür wurde das sogenannte Lieferkettengesetz erlassen. Darüber hinaus ist wichtig, dass auch ein fairer Anteil des Produktpreises bei den Arbeitern ankommt. Dazu sind z. B. entsprechende Gütesiegel (fair trade) auf Produkten hilfreich.</p>	<p>Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die nationalen Klimaschutzziele bis 2030 erreichen?</p> <p>CDU und CSU stehen zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Darin unterstützen wir die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % (ggü. 1990) zu reduzieren, um 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen.</p> <p>Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente, wie z. B. den Emissionshandel. Wir setzen u. a. auf den Ausbau erneuerbarer Energien und eine nachhaltige Mobilität und wir wollen die energetische Sanierung von Häusern und Wohnungen fördern.</p>	<p>Sollten Teile unseres Essens, wie Fleisch und Milch, weiterhin so billig verkauft werden?</p> <p>Unsere Nahrungsmittel sind unsere Lebensgrundlage. CDU und CSU wenden sich strikt dagegen, dass sie verramscht oder verschwendet werden. Wir haben deshalb schon ein Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln in Supermärkten unter dem Engpasspreis erlassen.</p> <p>Unser Ziel ist es, dass Tierschutz bei der Erzeugung besser bezahlt wird. Wir werden auch eine Haltungs- und Tierwohlkennzeichnung einführen und eine Nationale Lebensmittel-Agentur auf den Weg bringen, die für mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft wirbt.</p>	<p>Wie gleichen Sie die durch Corona entstandenen Ungerechtigkeiten und langfristigen Folgen für uns junge Menschen aus?</p> <p>CDU und CSU tun alles, dass junge Menschen nicht zu den Verlierern der Coronakrise werden. Wir haben ein Unterstützungsprogramm von einer Milliarde Euro für 2021/2022 aufgelegt.</p> <p>Mit einer weiteren Milliarde Euro helfen wir Kindern und Jugendlichen, die sozialen und psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Die Mittel gehen in frühe Bildung, Ferienfreizeiten, Familienholung und Sozialarbeit. Hinzu kommt eine Einmalzahlung von 100 Euro für Kinder aus Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind oder nur ein geringes Einkommen haben.</p>
--	---	---	---	---	--	--	---	---	---	---	--	---	---	--

SPD

Seit Beginn der Coronapandemie sorgen wir uns um die Situation der Schüler*innen. Wir haben schon 1,5 Milliarden Euro für Ausstattung des digitalen Lernens auf den Weg gebracht.

Mit einem Modernisierungsprogramm wollen wir die Sanierung von Schulgebäuden beschleunigen und Garantien geben, dass jede Schule ein schnelles Internet angeschlossen ist.

Kleine Klassen sind besser zum Lernen. Wir brauchen es genug Lehrer*innen und Klassenzimmer. Auch hierfür ist es, dass durch die SPD der Bund die Lehrer jetzt unterstützen darf.

Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern bis 2030 erreichen. Dazu werden wir die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung zu einem verbindlichen Fahrplan weiterentwickeln.

Wir wollen alles dafür tun, die Folgen der Pandemie für Schüler*innen zu beheben. Aus diesem Grund haben wir ein milliardenschweres Aufholpaket durchgesetzt.

Doch gerade weil es nicht nur um das Nachholen von Bildungsinhalten geht, sondern ganz besonders um die Kinder und Jugendlichen selbst, investieren wir bis zum Alter von 25 Jahren sein und die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, für Begleitpersonal und für die Unterstützung der Familien.

Was Kinder und Jugendliche in der Pandemie geleistet haben, verdient großes Respekt.

Wir wollen alles dafür tun, die Folgen der Pandemie für Schüler*innen zu beheben. Aus diesem Grund haben wir ein milliardenschweres Aufholpaket durchgesetzt.

Doch gerade weil es nicht nur um das Nachholen von Bildungsinhalten geht, sondern ganz besonders um die Kinder und Jugendlichen selbst, investieren wir bis zum Alter von 25 Jahren sein und die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, für Begleitpersonal und für die Unterstützung der Familien.

Das BAföG ist seit 50 Jahren unser sozialdemokratischer Weg, die freie Entscheidung für Studium und Ausbildung möglich zu machen.

Wir werden das BAföG wieder zu dem Aufstiegsversprechen machen, für das wir es eingeführt haben. Dafür werden wir die Förderspanne ausweiten und streben eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss an.

Das neue Kindergeld wird darüber hinaus eine Basisabsicherung für alle bis zum Alter von 25 Jahren sein und jedem jungen Menschen ausgezahlt. Es macht das BAföG elternunabhängiger.

Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können. Das ist eine Frage des Respekts. Daher setzen wir uns für gerechte Löhne ein. Hierfür werden wir die Möglichkeit verordnen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten.

Ein öffentlicher Auftrag soll künftig nur noch an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Zudem werden wir den gesetzlichen Mindestlohn in einem ersten Schritt auf mindestens zwölf Euro erhöhen.

Mit der Schaffung von Bedienforce erhalten Kommunen ein Instrument für bezahlbaren Wohnungsbau.

Für die SPD gehören internationale Solidarität, universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog zum Grundverständnis des politischen Handelns.

Wir tun das, indem wir bei allen unseren Entscheidungen sowie auch von Unternehmen weltweit die Einhaltung der Menschenrechte und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern.

Im Rahmen des Europarats werden wir die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stärken.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir dauerhaft aus der Obdachlosigkeit helfen. Dafür werden wir insbesondere sogenannte Housing-First-Konzepte fördern. Hiernach beginnt jede Hilfe für Obdachlose mit einer eigenen Wohnung, mit einem Wohnungsschlüssel, Privatadresse und der grundsätzlichen Möglichkeit für ein selbstbestimmtes Leben.

Anderer Hilfeleistungen, etwa gegen Drogenkonsum, Arbeitslosigkeit oder seelischer Vereinsamung, sind nach dem Wohl der Menschen ein neues zu Hause gefunden haben.

Jeder* Bürger*in – egal wo – soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen taktfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Die Juso sind mit ihrer Vorsitzenden, die Rosa Parth an allen Entscheidungen der Jugendorganisation beteiligt. Sie sorgen dafür, dass wir den Blick auf und die Perspektive von jungen Menschen bei allen Entscheidungen mitberücksichtigen. Nur wer aktiv ist, kann auch selbst etwas verändern.

AfD

Die Verantwortung in der Bildungspolitik ist auf mehrere politischen Ebenen verteilt. Die Bürgermeister sind für den konkreten Zustand der Gebäude in ihren Kommunen zuständig und die Landesregierungen verantworten die Schulpolitik an sich – auch z.B. Klassengrößen.

Da die Regierungen immer mehr Geld für die Folgen der sog. Klimawandels- und der Migrationspolitik ausgeben, muss sie an anderer Stelle sparen.

Dies geschieht auf Kosten der Bildung. Die logische Fortsetzung dieser Fehlentscheidungen sind auch in der Coronapandemie zu beobachten.

Das Grundgesetz (GG) schützt alle Menschen in Deutschland vor Diskriminierung (Art. 3). Es herrscht keine Geschlechterungleichheit in Deutschland.

Es gibt eine politische Bewegung, die die Idee der Gleichberechtigung zu einer extremistische Form der Identitätspolitik verformt hat, bei der die Erungenschaften unserer offenen Gesellschaft und ihrer durch das GG geschützten Rechte wieder abgeschafft werden sollen.

Sie möchten die Menschen wieder nach Fehlentscheidungen sind auch in der Coronapandemie zu beobachten.

Die Politik muss die Bildung wieder die Bedeutung einräumen, die sie in der Gesellschaft hat. Sie ist das Fundament unseres Zusammenlebens. Viele Kinder spielen intuitiv, welchen Indikatorenpraktiken sie ausgesetzt sind. Das hemmt die Lernfreude.

Die Politik muss wieder Wissens- und Sprachvermittlung in den Vordergrund stellen. Bildungsgerechtigkeit erfordert aber auch Differenzierung, nicht Gleichmacherei. Leistungsunterschiede zwischen den Schülern innerhalb einer Schulform müssen begrenzt bleiben, um optimale Lehrerbereine zu erzielen.

BAföG ist in der aktuellen Konzeption eine Sozialleistung. Darum sollen wir diejenigen bekommen, die es wirklich brauchen.

Wir möchten das BAföG künftig so umbauen, dass besonders leistungsstarken Studenten das Darlehen bis zu 100 % erlassen wird. Bei Kindererziehung während des Studiums oder bei gesellschaftlichem Engagement soll auch ein Teil der Rückzahlung erlassen werden.

Zudem soll es möglich sein, auf den Darlehensanteil zu verzichten, um schuldenfrei ins Berufsleben starten zu können.

Für die angemessene Bezahlung sind die Tarifpartner, also die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, zuständig.

Die Gehälter der Beschäftigten müssen auch erwirtschaftet werden. Steuern und Gebühren werden in diesem Falle von allen Bürgern vorher bezahlt. Es ist eine gesellschaftliche Frage, welchen Teil ihres Einkommens die Bürger dafür monatlich bereit sind, abzugeben.

Diesen Ausgleich haben nur die Tarifpartner im Blick. Politiker geben sonst das Geld der Bürger aus, welches sie nicht selbst erwirtschaften.

Mieten richten sich nach Angebot und Nachfrage. Alle staatlichen Versuche Mietoberhöhen gesetzlich zu regeln, sind bisher gescheitert, weil sich das Angebot vermindert und sich dadurch ein Schwarzmarkt mit höheren Mieten entwickelte. Bauen ist also die einzige Lösung.

Die Politik setzt dabei die Rahmenbedingungen. Zusätzlich müssen wir einer Migrationspolitik Einheit gebieten, durch die jedes Jahr Millionen in Größenordnung einer Großstadt einwandern. Diese müsste jedes Jahr gebaut werden, um die Nachfrage zu decken. Darum steigen die Mieten.

Politische Entscheidungen sollten sich grundsätzlich an der Realität orientieren.

Wenn Politikmaßnahmen an der Realität scheitern, weil sich das Angebot vermindert und sich dadurch ein Schwarzmarkt mit höheren Mieten entwickelte. Bauen ist also die einzige Lösung.

Wenn es um Menschenrechte geht, steht auch nicht zuerst die Kostenfrage sondern die Unzustärkbarkeit im Raum.

Um Wohnungen anbieten zu können, müsste die AfD das Wohlgeding ausweiten, um die soziale Durchmischung in den Wohngebieten zu erhalten.

Obdachlosigkeit ist ein komplexes Problem, bei dem nicht selten auch psychische Krankheiten eine Rolle spielen.

Obdachlosen Bürgern stellen jederzeit die Nutzung der vielen Hilfsprogramme, Helfer und selbstverständlich Sozialleistungen zu. Diese müssen aber auch angenommen werden.

Um Wohnungen anbieten zu können, müsste die AfD das Wohlgeding ausweiten, um die soziale Durchmischung in den Wohngebieten zu erhalten.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten wollen mehr Geld für Bildung ausgeben. Daher fordern wir, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren – das sind rund 2,5 Milliarden Euro.

Darüber hinaus wollen wir die Autonomie der Schulen stärken und ihnen mehr Gestaltungsfreiheiten geben.

Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Auch Personalentscheidungen und die Auswahl der Lehrmittel trifft die Schule vor Ort.

Selbstverwirklichung muss für alle Menschen möglich sein – unabhängig vom Geschlecht. Die Realität sieht leider viel zu oft anders aus.

Wir wollen, dass alle Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur Kinderbetreuung fördern.

Wir fordern außerdem gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern. Ebenso setzen wir uns für mehr Frauen in Führungspositionen ein.

Wir Freie Demokraten fordern mehr MakerSpaces an Schulen. Kreativtoren, in denen digitale Medien eine zentrale Rolle spielen. Durch experimentelles Lernen wollen wir die Kreativität und Eigenständigkeit fördern.

Außerdem finden wir den Einsatz von sogenannten Serious Games zur Wissensvermittlung in Bildungseinrichtungen sinnvoll. Games können Kinder und Jugendliche beim Lernen individuell und zielgerichtet unterstützen – und auch dabei auch Spaß.

Wir Freie Demokraten wollen ein elternunabhängiges Baukasten-BAföG einführen.

Die freie Wahl des Studiums darf nicht länger von der Unterstützung der Eltern abhängig sein. Studierende sollen zum Kinderbezugsverfahren sowie zum Einkommenfreibetrag der Eltern zusätzlich einen Sonderfreibetrag von 200 Euro erhalten.

Bei ehrenamtlichem Engagement oder Nebenberuflichkeit soll es zudem einen weiteren Zuschuss in Höhe von 200 Euro geben.

Wir Freie Demokraten fordern Respekt und bessere Arbeitsbedingungen für soziale Berufe.

Wir wollen vor allem in der Pflege mehr Zeit für menschliche Zuwendung erlauben. Zudem wollen wir einen umfassenden Abbau von Bürokratie.

Die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken, schlagen wir zudem vor, dass die Ausbildung zur Fachkraft in der frühkindlichen Bildung bundesweit nicht nur schuldiefrei erfolgt, sondern auch vergütet wird.

Der Wohnraum in unseren Städten wird knapper. Die Mieten steigen immer weiter. Dagegen hilft vor allem eins: Mehr Bauen. Daher wollen wir das Baurecht vereinfachen und mehr Bauland bereitstellen.

Entgeltungen, Mietpreissenkung oder Mietendeckel sorgen letztlich für weniger Wohnraum. Auch der Sozietismus führt durch hohe Kosten für immer mehr Menschen in weite Ferne. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen erfüllen lässt.

Die universellen Menschenrechte sind die Grundlage jeder liberalen und freien Gesellschaft und schaffen weltweit die Basis für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Gerade in Krisenzeiten wie der aktuellen Pandemie müssen wir sie besonders entschlossen und entschlossen dringend Unterstützung.

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag hat zu diesem Thema detaillierte Vorschläge erarbeitet. Sie fordert u. a. eine Tarifbindung aus Bund, Ländern und Kommunen, um Lösungen zu erarbeiten. Außerdem soll der „Housing First“-Ansatz weiterentwickelt werden, der eine eigene Wohnung als oberste Priorität ansieht.

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland seine Ideen schneller umsetzen kann und die dafür notwendige Infrastruktur bekommt. Für die Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – brauchen wir mehr Investitionen und einen zügigen Ausbau.

Bei der Verkehrsplanung müssen die Bedürfnisse des Radverkehrs umfassend berücksichtigt werden.

Ziel sind mehr sichere Radwege und Radfahrstreifen, die Konflikte mit dem motorisierten Verkehr vermeiden.

Die Linke.

Schulen brauchen gute pädagogische Fachkräfte und Räume, die Neugier wecken, Lust aufs Lernen machen und Platz für Mitgestaltung und Ausprobieren bieten.

Viele Schulen müssen zudem dringend saniert werden. Dafür muss mehr Geld in die Beschäftigung, Ausstattung und Lehrkräfte investiert werden.

Wir wollen, dass Menschen ihre Aufgaben in der Familie, Pflege und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dafür müssen die Arbeitszeiten sinken. Im Bundestag sollen Frauen und Männer gleich vertreten sein.

Deshalb kandidieren bei uns zu 50 Prozent Frauen.

DIE LINKE setzt sich für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ein. Dafür schlagen wir ein Bündel sehr unterschiedlicher Maßnahmen vor. Wir wollen einen höheren Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde. Denn es sind vor allem Frauen, die zu niedrigen Löhnen arbeiten.

Wir wollen, dass Menschen ihre Aufgaben in der Familie, Pflege und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dafür müssen die Arbeitszeiten sinken. Im Bundestag sollen Frauen und Männer gleich vertreten sein.

Deshalb kandidieren bei uns zu 50 Prozent Frauen.

Kinder und Jugendliche sind die meiste Zeit des Tages in der Schule. Daher sollte Lernen Spaß machen. Wir brauchen an Schulen eine neue Lernkultur und mehr Mitbestimmung. Wir wollen allen Jugendlichen eine Ausbildung oder ein Studium ermöglichen.

Wir wollen das Kindergeld auf 302 Euro erhöhen. Die Kommunen wollen ihre Kinder- und Jugendhilfe, Sportanlagen, Freizeithallen, Kultur und Bildungsangebote zu finanzieren. Busse sollen so fahren, wie es gebraucht wird – und nicht nur zweimal am Tag.

Wir setzen uns für ein rückzahlungs- und bedarfsgerechtes BAföG ein.

Bildungsentscheidungen sollen frei von Finanzsorgen oder Vorlieben der Eltern getroffen werden können. Der BAföG-Förderstatus muss regelmäßig und automatisch an die tatsächlichen und steigenden Lebenslagen und Wohnkosten angepasst werden.

Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen. Ebenso muss die Kopplung des BAföG an Leistungsüberprüfungen abgeschafft werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Menschen für ihre Arbeit gut bezahlt werden.

Das beste Mittel sind Tarifverträge, die für alle Beschäftigten in einer Branche gelten. Dafür wollen wir bessere Regeln einführen. Im Sozialwesen gilt es leider große Unterschiede in der Bezahlung. Wo Wohnraum knapp ist, reicht auch das nicht aus. Deshalb fordern wir einen bundesweiten Mietendeckel. Dann könnten Kommunen selbstkostenlos Mietoberhöhen festlegen und überhöhte Mieten auch absenken. Kommunen und Genossenschaften wollen wir helfen, viel mehr neue Wohnungen zu bauen.

Menschen haben Rechte, weil sie Menschen sind. Und die Umsetzung dieser Rechte kostet selbstverständlich Geld.

Für DIE LINKE gilt, dass bei Menschenrechten nicht gespart werden darf. Deswegen machen wir als DIE LINKE deutlich, dass Menschenrechte und Sozialfragen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Das Recht auf Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und Ausbildung sind wichtige Menschenrechte, die nicht nicht umfassend verwirklicht sind. Das wollen wir ändern! Sparen wollen wir bei der Rüstung, die Reichen sollen mehr Steuern zahlen.

Wir wollen den Ansatz Housing First verankern. Er bedeutet, Obdachlose schnell und als ersten Schritt in Wohnungen unterzubringen. Obdachlose Menschen sollen einfach Hilfe und Rat erhalten.

Für Übergangseinrichtungen wollen wir klare gebotene Mindeststandards, etwa zur Größe der Räume oder den sanitären Einrichtungen. Niemand darf auf der Straße landen, weil er oder sie die Miete nicht bezahlen konnte. Leerstehende Häuser und Hotels sollen von den Städten und Gemeinden genutzt werden können, um Obdachlose in Unterkünfte zu bringen.

Wir wollen mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen. Das verbessert die Lebensqualität und Verkehrssicherheit.

Die Straßenverkehrs-Ordnung wollen wir fußgänger- und fahrradfreundlicher gestalten. Wir wollen ein bundesweites Fahrradwegenetz. Den ÖPNV wollen wir deutlich ausbauen und kostenlos machen. Die Fahrgastzahlen sollen sich bis 2030 verdoppeln. Dafür brauchen wir 200.000 neue Beschäftigte im ÖPNV und deutlich bessere Arbeitsbedingungen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wir wollen Schulen durch gezielte Investitionen des Bundes voranbringen. Denn wir wollen Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzieher*innen und Lehrer*innen gerne gehen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Vierteln.

Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie nicht nur schnelles Internet und saubere Toiletten, sondern auch zeitgemäße Raumkonzepte mit Platz für inklusive Lernen.

Multiprofessionelle Teams sollen Kindern bestmögliche Unterstützung bieten und kleine Klassen ermöglichen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die Parlamente.

Geschlechtergerechtigkeit denken wir als Querschnittsaufgabe. Um mehr Gleichberechtigung zu erreichen, wollen wir u.a. einen Gender-Check für Maßnahmen & Gesetze einführen, die neu geschaffene Bundesinstitutionen ausbauen und mit Quoten den Frauenanteil in Führungspositionen und Entscheidungsgremien erhöhen.

Wir sind davon überzeugt, dass Kinder und Jugendliche mehr Freude am Lernen haben, wenn sie sich besonders anstrengen. Wichtig ist ein abwechslungsreicher Unterricht, bei dem zum Beispiel auch Lern-Apps verwendet werden.

Zeit mit Freunden, für den Sport, für Musikmachen oder andere Freizeitaktivitäten sind ebenso wichtig für die Lernfreude.

Faire Löhne sind mit Tarifverträgen zu erreichen. Diese umfassen nahezu alle Beschäftigten und sorgen für regelmäßige Lohnerhöhungen. Deshalb sehen wir die rückläufige Tarifbindung der Unternehmen mit Sorge. Mit einem Bundestarifvertrag wollen wir dafür sorgen, dass nur noch Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen, die mindestens Tariflöhne bezahlen.

Außerdem wollen wir es einfacher machen, Tarifverträge branchenweit allgemeinverbindlich zu erklären. Als absolute Untergrenze muss zudem der Mindestlohn auf 12€ angehoben werden.

Wirtschaftliche oder finanzielle Gründe dürfen in Menschenrechtsfragen keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Die Achtung und der Schutz der Menschenrechte sind völkerrechtliche Pflicht. Regierungshandeln muss sich an Menschenrechten, dem Pariser Klimaabkommen und nachhaltiger Entwicklung ausrichten und entsprechende Standards setzen. Rüstungsexporte an autoritäre Staaten müssen z.B. tabu sein und Unternehmen müssen in der gesamten Lieferkette auf die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards achten. Notfalls, wie geschehen, wirtschaftlich.

In Deutschland sind derzeit etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 leben ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien. Um dieses Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

Zabei ist der Housing-First-Ansatz ein zentraler Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für „Hilfe qualifizieren“ zu müssen. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte würdevolle Unterbringung sein.

Wir GRÜNE wollen die Verkehrsregeln neu aufstellen und es Städten erleichtern, den Umweltverbund zu stärken und Innenstädte attraktiver zu machen. Zum Beispiel sollen wir die Begründungspflicht für die Anlage von Radwegen oder die Einrichtung von Tempo 30 streichen.

Die Grüne Jugend ist in diesem Prozess stets eine der aktivsten Gruppen und sorgt so dafür, dass sich auch die Perspektive junger Menschen im Programm niederschlägt. Zudem hatten sich in diesem Jahr auch besonders viele junge Neumitglieder über Einzelanträge beteiligt.

Wir setzen uns für ein starkes Lieferkettengesetz mit verbindlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette ein.

Ein verbindlicher Rahmen für Menschenrechte und Umweltverschmutzung schafft faire Wettbewerbsbedingungen und Risikoversicherung. Unternehmen müssen Risikoprüfungen durchführen und z.B. bei Kinderarbeit Abhilfemaßnahmen ergreifen. Wenn deren Herstellung mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie z.B. Kinder- oder Zwangsarbeit in Zusammenhang stehen, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden.

Gerade Fleisch und Milch werden oft zu Dumpingpreisen verkauft, auf Kosten von Qualität, Tier- und Umweltschutz. Das wollen wir ändern.

Wir wollen gutes Essen zu fairen Preisen, die sich die Verbraucher*innen leisten können und den Bäuer*innen ein Auskommen sichern. Deutsche Verbesserungen beim Tierschutz würden zu moderaten Preisanstiegen führen. Dazu sind die allermeisten Menschen bereit. Klar ist aber auch: Für Menschen mit wenig Geld ist das kein Klacks. Sie wollen wir durch Erhöhung des nationalen CO2-Preises für Verkehr und Wärme auf 60 Euro wollen wir auf 2023 vorziehen, verbunden mit der Einführung eines Energiegeldes. Klimaneutrale Industrietechnologien wollen wir gezielt fördern.

Es braucht ein sicheres Netz an breiter Unterstützung für Kinder und Jugendliche, mehr Beratung und Einzelhilfe, Ausbau von Sport-, Erlebnis- und Kulturangeboten.

Schulen und Kitas müssen jetzt so sicher wie möglich gemacht werden (Luftungskonzepte, Teststrategie, Masken).

Für alle, die eine Ausbildung anstreben, wollen wir einen guten Ausbildungsplatz und eine gute Ausbildung garantieren. Alle Studierenden, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, sollen im Rahmen einer Notbilfe über das BAföG Unterstützung erhalten.

Gefördert durch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundeszentrale für politische Bildung; DEUTSCHER BUNDESGENÜSSER; U18-Bundeskoordinierungsstelle; c/o Deutscher Bundesjugendring; Mühlendamm 1, 10718 Berlin; info@u18.org; www.u18.org

Für diese Aufstellung haben wir im Rahmen der Kinder- und Jugendwahl U18 alle im 19. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (Stand: 08.02.2021) und/oder die bei der Sonntagsfrage in der Gesamtbevölkerung (Stichtag: Juli 2021) über fünf Prozent erhalten haben, angefragt. Für die Antworten ist ausschließlich die jeweilige Partei verantwortlich.